

Bezugs-Preis

In der Hauptstadt über den im Stadtpark und den Vororten errichteten Ausgaben abgezahlt: vierjährlich 4.50, bei zweimaliger wöchentlicher Auflösung 2.50. Durch die Post bezogen für Preußisch- und Schlesisch: vierjährlich 4.00. Direkte tägliche Abrechnung mit Räumen: monatlich 1.00.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 7/8 Uhr, die Abend-Ausgabe Montags um 6 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Johannstraße 8.

Die Expedition ist Montags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:

Otto Klemm's Sohn, (Alfred Kahn), Universitätsstraße 3 (Paulinum).

Louis Müller, Rosenthalerstr. 14, post. und Königsgasse 2.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nº 195.

Dienstag den 18. April 1899.

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 18. April.

Der Reichstag ist leer und seine Verhandlungen, obwohl in dem Fleischbeschlagzeug ein ergiebiges Streitobjekt verliegen, matt. Die politische Aufmerksamkeit Berlins konzentriert sich, namentlich seit die Samo-Angelegenheit etwas bei Seite gerückt ist, auf die Mittelland-Kanalfrage. Diese regtet sich aber auch in einem höchst interessanten Entwicklungsbogen, möglicher Weise auch Bildungsstadium. Es geht jetzt viel vor in Berlin und vor dem kleinen Teufel, der die Bücher von den Häusern abhebt, für sich geminnen könnte, vermöchte, ein Zukunftsbuch überreiches Material für ein groß angelegtes Investitions-Unternehmen zu sammeln. Der gewöhnliche Mensch und Zeitungskreisler weiß so viel nicht und von dem, was er weiß, verschweigt er läugend das Bessere — teils dieserhalb, teils ausgeredet. Genug, so lebhafte Aufsätze sich auf der Bühne des preußischen Abgeordnetenhauses abspielen: was hinter den Kulissen vorgeht, ist die eigentliche Tagesschau, und den lustigen Gesichtsschreiber wird bei diesem Abschnitt der Historie lange verwöhnen, weil er in ihm das Wesen des neuen Csesar mit seinen konstitutionellen und sonstigen Eigenheiten in getreuem Abbild sehen darf. Die Mittellandkanal-Angelegenheit ist mit den feindartigsten Elementen verziert worden, die eigentliche Signatur erhält ihr gegenwärtiger Stand einmal von den preußischen Freiwilligen, daß Friedrich der Große und andere bedeutende Heldenzähler Kanäle geschaffen haben, sowie dem wenigste technisch unanfachbaren Urteil, daß der Bau des Rhein-Weser-Elbe-Kanals in der That ein großartiges Unternehmen wäre. Ob das Hinspielchen gesuchter Glanzfragen zum Projekt nicht überdrückt, wird ja am Schluß herausfallen. Vorläufig ist es genügt. Der preußische Minister, der Staatsminister des Staatsministeriums Dr. v. Miquel unter ihnen, zeigen sich nicht nur „mit etwas Dampf“ erfüllt wie bis noch vor Kurzem, sie arbeiten sich, wie ich an die Grenze der Aufmerksamkeit gebrachte Worte für den Kaiser. Von Herrn v. Miquel ist einer der gründlichsten und besten Kenner unserer Verkehrs-politik, so ist das gewiß sehr deutlich, vielleicht aber auch sehr zweifelhaft.

Die Warnung, die in der dem wesentlichen Inhalt nach im heutigen Morgenblatte enthaltenen Kundgebung des „Reichszeitung“ über die Beamtenvereine enthalten ist, ist leider ebenso am Platze, wie die Verkürzung ihrer Rechtswidrigkeit unterstellt. Indes kann gilt dies aus von dem zwischen den Zielen zu leidenden Gedanken, daß eine ausführende Beamtenagitation der sozialdemokratischen Propaganda Vorschub leistet. Die Kundgebung kommt nicht überraschend. Da Preußen hat Herr v. Miquel im Reichstage Herr v. Pöhlkötter die Rechtswidrigkeit größerer Durchsetzung der für ihre Interessen eintretenden Beamten mit Ernst betont. Auch in der Budgetcommission des Reichstages ist diese Ausschaltung laut geworden und Herr Dr. Lieber ist ihr beigetreten. Es fragt sich nun, ob jetzt, wo die Erregung einer „Sturm“ gegen Verwaltungswiderstand parteidisch nicht ganz unverhüllt sein wird, die Kundgebung des Parteibüros folgen wird. Die Beamtenkategorien, die die Regierungskundgebung im Auge hat, können sich über die Verwaltung nicht befreien. Sie hätten an dem in Preußen vor Kurzem geradezu durchdringend bedacht und darum keineswegs zufriedene Richterstände, sowie an anderen in der gleichen Lage befindlichen Staatsdienststellen ein leuchtendes Beispiel machen, mit der Beamtenvereinheit niemals unvermeidbare Vertretung ihrer Interessen gehabt. Die amtliche Erklärung fassender doch bald beglaubigte Beschwerden nicht herauftreten, weil im Reiche wie in Preußen neuerdings sehr viel für die Besserstellung der Beamten geschehen ist. Einige Gruppen, namentlich vielleicht bei den Staatsbahnen Preussens, mögen noch nicht entsprechend bedacht sein. Aber eine

sich für den Fall der Ablehnung der Canaldorlage bereits vorläufig gemacht habe, der Privatindustrie anheim zu geben, den Kanal zu bauen“. Die preußischen Conservativen sind nicht daran sozialistisch instinkt, daß ihnen diese Möglichkeit principiell Grauen verursachen könnte. Und was die angeborene praktische Consequenz der persönlichen Angriffnahme anlangt, so wird sie als verhältnißmäßig werden können. Der Minister meinte nämlich, Privatunternehmer würden den Kanalbau nach Belieben gestalten. Darauf wurde aber zutreffend erwidert, daß der Staat bei der Verleihung des Eigentumsrechts seine Taxifestsetzungen stellen müsse und müsse. Das „sieht“ also nicht. Auch dem Handelsminister Treßfeld kann man nicht nachfragen, daß er Raubbau an dem Boden der Bevölkerung trieb, als er die Conservativen einerseits und die sozialistischen Freiheiten andererseits aussetzte, „nicht Sonderinteressen eingehender Parteibünde“ wahrzunehmen. Diese Aussetzung war der Widersatz jener Ausschaltung, die in dem Kanalbau etwas Anderses als ein rein geschäftsnüchternes Unternehmen sieht. In Verkehrsangelegenheiten, die nur als solche behandelt werden, ist es wohl berechtigt, lokale und territoriale Interessen zu Rücksicht zu ziehen. Bleibt nur die Frage, ob der Osten sein Interesse richtig versteht, wenn er bei der Opposition beharrt. Eine Umkehr sollte aber jedenfalls der sachlichen Erwähnung beidertheile angestrebt werden. Wenn die „Röhr.“ unangemeldet auf den Wunsch des Kaisers, den Kanal gebaut zu haben, hinweist, und wenn sie dabei Sorge schreibt, wie den: „Der Kaiser ist einer der gründlichsten und besten Kenner unserer Verkehrs-politik“, so ist das gewiß sehr deutlich, vielleicht aber auch sehr zweifelhaft.

Die Warnung, die in der dem wesentlichen Inhalt nach im heutigen Morgenblatte enthaltenen Kundgebung des „Reichszeitung“ über die Beamtenvereine enthalten ist, ist leider ebenso am Platze, wie die Verkürzung ihrer Rechtswidrigkeit unterstellt. Indes kann gilt dies aus von dem zwischen den Zielen zu leidenden Gedanken, daß eine ausführende Beamtenagitation der sozialdemokratischen Propaganda Vorschub leistet. Die Kundgebung kommt nicht überraschend. Da Preußen hat Herr v. Miquel im Reichstage Herr v. Pöhlkötter die Rechtswidrigkeit größerer Durchsetzung der für ihre Interessen eintretenden Beamten mit Ernst betont. Auch in der Budgetcommission des Reichstages ist diese Ausschaltung laut geworden und Herr Dr. Lieber ist ihr beigetreten. Es fragt sich nun, ob jetzt, wo die Erregung einer „Sturm“ gegen Verwaltungswiderstand parteidisch nicht ganz unverhüllt sein wird, die Kundgebung des Parteibüros folgen wird. Die Beamtenkategorien, die die Regierungskundgebung im Auge hat, können sich über die Verwaltung nicht befreien. Sie hätten an dem in Preußen vor Kurzem geradezu durchdringend bedacht und darum keineswegs zufriedene Richterstände, sowie an anderen in der gleichen Lage befindlichen Staatsdienststellen ein leuchtendes Beispiel machen, mit der Beamtenvereinheit niemals unvermeidbare Vertretung ihrer Interessen gehabt. Die amtliche Erklärung fassender doch bald beglaubigte Beschwerden nicht herauftreten, weil im Reiche wie in Preußen neuerdings sehr viel für die Besserstellung der Beamten geschehen ist. Einige Gruppen, namentlich vielleicht bei den Staatsbahnen Preussens, mögen noch nicht entsprechend bedacht sein. Aber eine

Sprache, wie wir sie z. B. zu unserem maßlosen Erstaunen in Petitionen an den preußischen Landtag begegnen sind, sollte auch Denen nicht verfallen werden, die nach berichtigte Wünsche zu äußern haben. Es geht nicht an, dass das Publikum gegenüber als Organ der Universität funktionieren und gleichzeitig in der eigenen Spalte die Autorität mißachten zu wollen.

Wer glaubt hat, daß die in der Wiener „Österreichischen Rundschau“ zu Wort kommenden österreichischen Deutschen Nationalen nach der Erklärung des Staatssekretärs von Bülow ihr weigeresches Urteil über diesen Staatsmann corrigen würden, hat sich getäuscht. Nicht einmal die Tageszeitung des Wiener Blatt. Es meint, Herr Miquel, mit 81 164 Stimmen über den conservativen Bewerber Herrn Fracott, der nur 43 797 Stimmen erhielt, gewählt hat.

Die Bedeutung dieses Erfolgs in einem einzelnen Falle auf einen für die Opposition günstigen Boden darf allerdings nicht überdrückt werden, sein symptomatischer Charakter wird aber von Niemandem bestritten. Die vom Menschen noch immer sehr geballte Hoffnung, daß eine Neugestaltung der ganzen parlamentarischen Lage durch die Bildung einer Zentrumspartei gelingen könnte, wird vom größten Theile der politischen Welt als trügerisch bezeichnet. Man ist vielmehr davon überzeugt, daß die künftige Entwicklung der Dinge nur davon abhängt, ob ein Bündnis aller oppositionellen Gruppen zum Zwecke der Regierung zu Stande kommt oder nicht. Von grohem Einfluß auf die Entscheidung dieser Frage wird der Charakter des neuen Wahlgesetzes zu urtheilen. Der Minister des Innern, Herrn Dr. von Pecsdom, sein. Galt die Vorlage in allen wichtigen Einzelheiten, wie sie vorliegenden Berörungen der All liberalen entgegenkamen, dann wäre wohl das erwünschte Bündnis fraglich. Wenn sich aber die erwähnte Fraktion entäußert würde, so würde die Coalition der Regierungsgegner nicht ausbleiben. Die letztere Gewalt ist aber genau als die wahrscheinlichste anzusehen, da man schafft beginnen muß, daß das Cabinet, um die ihm von liberalei Seite der drohenden Schwierigkeiten zu überwinden, sich der Gefahr aussehen werde, den Stoff der eigenen Unabhängigkeit durch Zugehörigkeit an die All liberalen heranzutreten. Es scheint, daß die Conservativen vorläufig ungünstig bleiben und den Kampf selbst der geringsten Opposition gegenüber aufnehmen wollen. Jedenfalls ist unter diesen Umständen eine breite und lange Konsolidierung vorauszusuchen. Da die Debatte über das neue Wahlgesetz allein mehrere Wochen in Aufzug nehmen dürfte, wird sich die Saison möglicher Weise selbst bis zum August hinziehen, oder daß man gerade eine vieler langen Dauer entsprechende Fruchtbarkeit erwartet könnte.

„Die Wichtigkeit hat sich das deutsche Reich wieder einmal tatsächlich gezeigt und durch das Eingehen auf die von England mit Gewalt erzwungene Resolution des Samoa-Bertrages oder Wahlbehauptung die Österreichische Rundschau“ bei ihrer Bearbeitung der samoanischen Frage so gestaltet, erhebt aber noch deutlicher aus folgenden wahrhaft klassischen Sätzen:

„... und ein großer Theil der Oppositionellen ist begeisteter Weise sogar seit überzeugt, daß eine solche Coalition die Regierung unverzüglich zum Falle bringen würde. Eine kleine Nachfrage hat diese Coalition bereits im vergangenen Monat gehabt, indem bei einer Kammeraussicht in Lützow der gemeinsame Kandidat der drei Oppositions-fraktionen, Herr Miquel, mit 81 164 Stimmen über den conservativen Bewerber Herrn Fracott, der nur 43 797 Stimmen erhielt, gewählt hat.

Die Bedeutung dieses Erfolgs in einem einzelnen Falle auf einen für die Opposition günstigen Boden darf allerdings nicht überdrückt werden, sein symptomatischer Charakter wird aber von Niemandem bestritten. Die vom Menschen noch immer sehr geballte Hoffnung, daß eine Neugestaltung der ganzen parlamentarischen Lage durch die Bildung einer Zentrumspartei gelingen könnte, wird vom größten Theile der politischen Welt als trügerisch bezeichnet. Man ist vielmehr davon überzeugt, daß die künftige Entwicklung der Dinge nur davon abhängt, ob ein Bündnis aller oppositionellen Gruppen zum Zwecke der Regierung zu Stande kommt oder nicht. Von grohem Einfluß auf die Entscheidung dieser Frage wird der Charakter des neuen Wahlgesetzes zu urtheilen. Der Minister des Innern, Herrn Dr. von Pecsdom, sein. Galt die Vorlage in allen wichtigen Einzelheiten, wie sie vorliegenden Berörungen der All liberalen entgegenkamen, dann wäre wohl das erwünschte Bündnis fraglich. Wenn sich aber die erwähnte Fraktion entäußert würde, so würde die Coalition der Regierungsgegner nicht ausbleiben. Die letztere Gewalt ist aber genau als die wahrscheinlichste anzusehen, da man schafft beginnen muß, daß das Cabinet, um die ihm von liberalei Seite der drohenden Schwierigkeiten zu überwinden, sich der Gefahr aussehen werde, den Stoff der eigenen Unabhängigkeit durch Zugehörigkeit an die All liberalen heranzutreten. Es scheint, daß die Conservativen vorläufig ungünstig bleiben und den Kampf selbst der geringsten Opposition gegenüber aufnehmen wollen. Jedenfalls ist unter diesen Umständen eine breite und lange Konsolidierung vorauszusuchen. Da die Debatte über das neue Wahlgesetz allein mehrere Wochen in Aufzug nehmen dürfte, wird sich die Saison möglicher Weise selbst bis zum August hinziehen, oder daß man gerade eine vieler langen Dauer entsprechende Fruchtbarkeit erwartet könnte.

„... und ein großer Theil der Oppositionellen ist begeisteter Weise sogar seit überzeugt, daß eine solche Coalition die Regierung unverzüglich zum Falle bringen würde. Eine kleine Nachfrage hat diese Coalition bereits im vergangenen Monat gehabt, indem bei einer Kammeraussicht in Lützow der gemeinsame Kandidat der drei Oppositions-fraktionen, Herr Miquel, mit 81 164 Stimmen über den conservativen Bewerber Herrn Fracott, der nur 43 797 Stimmen erhielt, gewählt hat.

Die Bedeutung dieses Erfolgs in einem einzelnen Falle auf einen für die Opposition günstigen Boden darf allerdings nicht überdrückt werden, sein symptomatischer Charakter wird aber von Niemandem bestritten. Die vom Menschen noch immer sehr geballte Hoffnung, daß eine Neugestaltung der ganzen parlamentarischen Lage durch die Bildung einer Zentrumspartei gelingen könnte, wird vom größten Theile der politischen Welt als trügerisch bezeichnet. Man ist vielmehr davon überzeugt, daß die künftige Entwicklung der Dinge nur davon abhängt, ob ein Bündnis aller oppositionellen Gruppen zum Zwecke der Regierung zu Stande kommt oder nicht. Von grohem Einfluß auf die Entscheidung dieser Frage wird der Charakter des neuen Wahlgesetzes zu urtheilen. Der Minister des Innern, Herrn Dr. von Pecsdom, sein. Galt die Vorlage in allen wichtigen Einzelheiten, wie sie vorliegenden Berörungen der All liberalen entgegenkamen, dann wäre wohl das erwünschte Bündnis fraglich. Wenn sich aber die erwähnte Fraktion entäußert würde, so würde die Coalition der Regierungsgegner nicht ausbleiben. Die letztere Gewalt ist aber genau als die wahrscheinlichste anzusehen, da man schafft beginnen muß, daß das Cabinet, um die ihm von liberalei Seite der drohenden Schwierigkeiten zu überwinden, sich der Gefahr aussehen werde, den Stoff der eigenen Unabhängigkeit durch Zugehörigkeit an die All liberalen heranzutreten. Es scheint, daß die Conservativen vorläufig ungünstig bleiben und den Kampf selbst der geringsten Opposition gegenüber aufnehmen wollen. Jedenfalls ist unter diesen Umständen eine breite und lange Konsolidierung vorauszusuchen. Da die Debatte über das neue Wahlgesetz allein mehrere Wochen in Aufzug nehmen dürfte, wird sich die Saison möglicher Weise selbst bis zum August hinziehen, oder daß man gerade eine vieler langen Dauer entsprechende Fruchtbarkeit erwartet könnte.

„... und ein großer Theil der Oppositionellen ist begeisteter Weise sogar seit überzeugt, daß eine solche Coalition die Regierung unverzüglich zum Falle bringen würde. Eine kleine Nachfrage hat diese Coalition bereits im vergangenen Monat gehabt, indem bei einer Kammeraussicht in Lützow der gemeinsame Kandidat der drei Oppositions-fraktionen, Herr Miquel, mit 81 164 Stimmen über den conservativen Bewerber Herrn Fracott, der nur 43 797 Stimmen erhielt, gewählt hat.

Die Bedeutung dieses Erfolgs in einem einzelnen Falle auf einen für die Opposition günstigen Boden darf allerdings nicht überdrückt werden, sein symptomatischer Charakter wird aber von Niemandem bestritten. Die vom Menschen noch immer sehr geballte Hoffnung, daß eine Neugestaltung der ganzen parlamentarischen Lage durch die Bildung einer Zentrumspartei gelingen könnte, wird vom größten Theile der politischen Welt als trügerisch bezeichnet. Man ist vielmehr davon überzeugt, daß die künftige Entwicklung der Dinge nur davon abhängt, ob ein Bündnis aller oppositionellen Gruppen zum Zwecke der Regierung zu Stande kommt oder nicht. Von grohem Einfluß auf die Entscheidung dieser Frage wird der Charakter des neuen Wahlgesetzes zu urtheilen. Der Minister des Innern, Herrn Dr. von Pecsdom, sein. Galt die Vorlage in allen wichtigen Einzelheiten, wie sie vorliegenden Berörungen der All liberalen entgegenkamen, dann wäre wohl das erwünschte Bündnis fraglich. Wenn sich aber die erwähnte Fraktion entäußert würde, so würde die Coalition der Regierungsgegner nicht ausbleiben. Die letztere Gewalt ist aber genau als die wahrscheinlichste anzusehen, da man schafft beginnen muß, daß das Cabinet, um die ihm von liberalei Seite der drohenden Schwierigkeiten zu überwinden, sich der Gefahr aussehen werde, den Stoff der eigenen Unabhängigkeit durch Zugehörigkeit an die All liberalen heranzutreten. Es scheint, daß die Conservativen vorläufig ungünstig bleiben und den Kampf selbst der geringsten Opposition gegenüber aufnehmen wollen. Jedenfalls ist unter diesen Umständen eine breite und lange Konsolidierung vorauszusuchen. Da die Debatte über das neue Wahlgesetz allein mehrere Wochen in Aufzug nehmen dürfte, wird sich die Saison möglicher Weise selbst bis zum August hinziehen, oder daß man gerade eine vieler langen Dauer entsprechende Fruchtbarkeit erwartet könnte.

„... und ein großer Theil der Oppositionellen ist begeisteter Weise sogar seit überzeugt, daß eine solche Coalition die Regierung unverzüglich zum Falle bringen würde. Eine kleine Nachfrage hat diese Coalition bereits im vergangenen Monat gehabt, indem bei einer Kammeraussicht in Lützow der gemeinsame Kandidat der drei Oppositions-fraktionen, Herr Miquel, mit 81 164 Stimmen über den conservativen Bewerber Herrn Fracott, der nur 43 797 Stimmen erhielt, gewählt hat.

Die Bedeutung dieses Erfolgs in einem einzelnen Falle auf einen für die Opposition günstigen Boden darf allerdings nicht überdrückt werden, sein symptomatischer Charakter wird aber von Niemandem bestritten. Die vom Menschen noch immer sehr geballte Hoffnung, daß eine Neugestaltung der ganzen parlamentarischen Lage durch die Bildung einer Zentrumspartei gelingen könnte, wird vom größten Theile der politischen Welt als trügerisch bezeichnet. Man ist vielmehr davon überzeugt, daß die künftige Entwicklung der Dinge nur davon abhängt, ob ein Bündnis aller oppositionellen Gruppen zum Zwecke der Regierung zu Stande kommt oder nicht. Von grohem Einfluß auf die Entscheidung dieser Frage wird der Charakter des neuen Wahlgesetzes zu urtheilen. Der Minister des Innern, Herrn Dr. von Pecsdom, sein. Galt die Vorlage in allen wichtigen Einzelheiten, wie sie vorliegenden Berörungen der All liberalen entgegenkamen, dann wäre wohl das erwünschte Bündnis fraglich. Wenn sich aber die erwähnte Fraktion entäußert würde, so würde die Coalition der Regierungsgegner nicht ausbleiben. Die letztere Gewalt ist aber genau als die wahrscheinlichste anzusehen, da man schafft beginnen muß, daß das Cabinet, um die ihm von liberalei Seite der drohenden Schwierigkeiten zu überwinden, sich der Gefahr aussehen werde, den Stoff der eigenen Unabhängigkeit durch Zugehörigkeit an die All liberalen heranzutreten. Es scheint, daß die Conservativen vorläufig ungünstig bleiben und den Kampf selbst der geringsten Opposition gegenüber aufnehmen wollen. Jedenfalls ist unter diesen Umständen eine breite und lange Konsolidierung vorauszusuchen. Da die Debatte über das neue Wahlgesetz allein mehrere Wochen in Aufzug nehmen dürfte, wird sich die Saison möglicher Weise selbst bis zum August hinziehen, oder daß man gerade eine vieler langen Dauer entsprechende Fruchtbarkeit erwartet könnte.

„... und ein großer Theil der Oppositionellen ist begeisteter Weise sogar seit überzeugt, daß eine solche Coalition die Regierung unverzüglich zum Falle bringen würde. Eine kleine Nachfrage hat diese Coalition bereits im vergangenen Monat gehabt, indem bei einer Kammeraussicht in Lützow der gemeinsame Kandidat der drei Oppositions-fraktionen, Herr Miquel, mit 81 164 Stimmen über den conservativen Bewerber Herrn Fracott, der nur 43 797 Stimmen erhielt, gewählt hat.

Die Bedeutung dieses Erfolgs in einem einzelnen Falle auf einen für die Opposition günstigen Boden darf allerdings nicht überdrückt werden, sein symptomatischer Charakter wird aber von Niemandem bestritten. Die vom Menschen noch immer sehr geballte Hoffnung, daß eine Neugestaltung der ganzen parlamentarischen Lage durch die Bildung einer Zentrumspartei gelingen könnte, wird vom größten Theile der politischen Welt als trügerisch bezeichnet. Man ist vielmehr davon überzeugt, daß die künftige Entwicklung der Dinge nur davon abhängt, ob ein Bündnis aller oppositionellen Gruppen zum Zwecke der Regierung zu Stande kommt oder nicht. Von grohem Einfluß auf die Entscheidung dieser Frage wird der Charakter des neuen Wahlgesetzes zu urtheilen. Der Minister des Innern, Herrn Dr. von Pecsdom, sein. Galt die Vorlage in allen wichtigen Einzelheiten, wie sie vorliegenden Berörungen der All liberalen entgegenkamen, dann wäre wohl das erwünschte Bündnis fraglich. Wenn sich aber die erwähnte Fraktion entäußert würde, so würde die Coalition der Regierungsgegner nicht ausbleiben. Die letztere Gewalt ist aber genau als die wahrscheinlichste anzusehen, da man schafft beginnen muß, daß das Cabinet, um die ihm von liberalei Seite der drohenden Schwierigkeiten zu überwinden, sich der Gefahr aussehen werde, den Stoff der eigenen Unabhängigkeit durch Zugehörigkeit an die All liberalen heranzutreten. Es scheint, daß die Conservativen vorläufig ungünstig bleiben und den Kampf selbst der geringsten Opposition gegenüber aufnehmen wollen. Jedenfalls ist unter diesen Umständen eine breite und lange Konsolidierung vorauszusuchen. Da die Debatte über das neue Wahlgesetz allein mehrere Wochen in Aufzug nehmen dürfte, wird sich die Saison möglicher Weise selbst bis zum August hinziehen, oder daß man gerade eine vieler langen Dauer entsprechende Fruchtbarkeit erwartet könnte.

„... und ein großer Theil der Oppositionellen ist begeisteter Weise sogar seit überzeugt, daß eine solche Coalition die Regierung unverzüglich zum Falle bringen würde. Eine kleine Nachfrage hat diese Coalition bereits im vergangenen Monat gehabt, indem bei einer Kammeraussicht in Lützow der gemeinsame Kandidat der drei Oppositions-fraktionen, Herr Miquel, mit 81 164 Stimmen über den conservativen Bewerber Herrn Fracott, der nur 43 797 Stimmen erhielt, gewählt hat.

Die Bedeutung dieses Erfolgs in einem einzelnen Falle auf einen für die Opposition günstigen Boden darf allerdings nicht überdrückt werden, sein symptomatischer Charakter wird aber von Niemandem bestritten. Die vom Menschen noch immer sehr geballte Hoffnung, daß eine Neugestaltung der ganzen parlamentarischen Lage durch die Bildung einer Zentrumspartei gelingen könnte, wird vom größten Theile der politischen Welt als trügerisch bezeichnet. Man ist vielmehr davon überzeugt, daß die künftige Entwicklung der Dinge nur davon abhängt, ob ein Bündnis aller oppositionellen Gruppen zum Zwecke der Regierung zu Stande kommt oder nicht. Von grohem Einfluß auf die Entscheidung dieser Frage wird der Charakter des neuen Wahlgesetzes zu urtheilen. Der Minister des Innern, Herrn Dr. von Pecsdom, sein. Galt die Vorlage in allen wichtigen Einzelheiten, wie sie vorliegenden Berörungen der All liberalen entgegenkamen, dann wäre wohl das erwünschte Bündnis fraglich. Wenn sich aber die erwähnte Fraktion entäußert würde, so würde die Coalition der Regierungsgegner nicht ausbleiben. Die letztere Gewalt ist aber genau als die wahrscheinlich